

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Pinneberg

Claus-Peter Matetzki  
Fraktionsvorsitzender

Gösselstieg 25  
25462 Rellingen  
Telefon 04101 / 590 604  
[cp@matetzki.de](mailto:cp@matetzki.de)

Bankverbindung:  
Sparkasse Südholstein  
BLZ: 230 510 30  
Kto.: 1515 34 22

Rellingen, den 16.01.2009

## **Pressemitteilung**

### **Sparkassen**

Sehr besorgt haben wir die landesweit einsetzenden Bestrebungen zur „Öffnung“ des Landessparkassengesetzes zur Kenntnis nehmen müssen.

Die große Gefahr besteht darin, dass der Bestand der Sparkasse, wie wir sie bisher kannten, mehr als gefährdet erscheint.

Ein kundenfreundliches Institut vor Ort, das nicht auf eine Gewinnmaximierung um jeden Preis ausgerichtet ist und seinen Beitrag zum regionalen, gesellschaftlichen Leben leistet. Dies könnte schon bald der Vergangenheit angehören.

Die Sparkasse Südholstein –als eine der wenigen noch wirklich in kommunaler Trägerschaft befindliche Sparkasse, die nicht in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde- beabsichtigt die HASPA Finanzholding AG -als Beteiligungsgesellschaft- mit ins Boot zu holen.

Die Begründung für diesen Schritt ist mehr als fraglich, da die schwarzrote Landesregierung hat nach langem Zögern auf die desaströse Schieflage der HSH-Nordbank und der damit verbundenen Folgen reagiert.

Die Landesregierung hat sich für eine Grantieerklärung entschieden. Sie erlaubt den Sparkassen, die HSH-Anteile zu den bestehenden Werten in ihren Bilanzen zu führen. Somit ist die Aussage, dass die Sparkassen nicht unter den „Bankenschirm“ dürfen, nicht ganz zutreffend.

Eine –der Ursache entsprechende Forderung- war, dass die Sparkassen einen Kauf ihrer Anteile an der HSH-Nordbank durch das Land gefordert hatten. Das Land steht durch die fehlende Aufsicht über die HSH, ja schließlich in der Verantwortung für diese Lage !

Die Befürworter sehen diese „Vereinigung“ als Geschäft von „Sparkasse“ zu „Sparkasse“. Dies ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Wenn man sich das Organigramm und die Rechtsform der HASPA Finanzholding AG ansieht, stellt man sehr schnell fest, dass die größte Gemeinsamkeit im Namen „Sparkasse“ besteht.

( <http://www.haspa-finanzholding.de/Haspa/Finanzholding/Organigramm/Organigramm.html> )

Die Situation in Hamburg:

Die Hamburger Sparkasse AG (Haspa) ist seit dem Jahr 2003 eine Aktiengesellschaft.

Es gibt kein Sparkassengesetz. Die Stadt hat formal keinen Einfluss mehr auf die Haspa. Das Grundkapital wird in voller Höhe von der Haspa Finanzholding gehalten. Diese ist eine juristische Person alten hamburgischen Rechts, die faktisch sich selbst gehört.

Anteile an der Haspa könnten grundsätzlich veräußert werden, somit würde durch den Einstieg der HASPA Finanzholding, mittelbar der Weg freigemacht werden um andere Private auf diesem Wege in die Sparkasse Südholstein einzubringen.

Im Gegensatz zu den Sparkassen, die als Anstalten des öffentlichen Rechts organisiert sind (wie die Sparkasse Südholstein) haben die „freien“ Sparkassen ( wie die HASPA Finanzholding AG) eine andere Rechtsform.

*Diesen Freien Sparkassen fehlt die enge kommunale Bindung.*

Sie haben sich im "Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V." zusammengeschlossen.

Der Verband wiederum ist *außerordentliches* Mitglied im "Deutschen Sparkassen- und Giroverband".

Die Haspa schüttet ihren Gewinn nur an die HASPA Finanzholding AG aus; diese wiederum hat keine Ausschüttungsverpflichtung z.B. an die Stadt Hamburg. Somit hat die kommunale Familie nichts davon.

Dies dürfte einer der deutlichsten Unterschiede zur Sparkasse Südholstein sein ! Das wäre mittelfristig das Ende der kommunalgesellschaftlich orientierten Sparkassen, herkömmlicher Art.

Solange die „Hamburger Sparkasse“ nicht wieder rekommunalisiert ist und damit einen öffentlich-rechtlich Status erhält, sind die Befürchtungen allzu berechtigt, dass die beabsichtigte „stabilisierende Wirkung“ dieses deals verpufft und im besten Falle eine private Bank mit Sparkassen-Image ein gutes Geschäft macht.

Die Idee, die Sparkassen den Finanzmärkten zum Fraß vorzuwerfen ist indes nicht neu. Ein Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion am 11.2.2004 im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages Schleswig-Holstein wurde damals abgelehnt.

Der Entwurf sah vor, Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und zu erlauben, dass sich Dritte, auch Private, bis 49 vH am Eigenkapital beteiligen können.

Nun fordert der Ministerpräsident ein Votum der Landkreise für eine Änderung des bewährten Sparkassengesetzes. Offensichtlich als „Rechtfertigung“ für diesen öffentlich unpopulären Schritt.

Diese „Öffnung“ und der Einstieg der HASPA Finanzholding AG, beinhalten noch ein anderes Risiko.

Europaweit gibt es seit Jahren Bestrebungen von Großbanken, die geschützte Rechtsform der deutschen Sparkassen zu zerstören, um den Weg frei für den Einstieg und die Ausschöpfung des vermeintlich „brach liegenden Potentials“ zu machen.

Nicht umsonst hat die Sparkasse Südholstein selbst, mehrere Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, die klären sollen, ob es nach der Öffnung für die HASPA Finanzholding AG dann auch anderen Instituten möglich ist sich auf dem Klagewege den Weg für Sparkassenbeteiligungen frei zu machen. Diese Gutachten liegen noch nicht einmal komplett vor aber schon jetzt wird kräftig die Werbetrommel gerührt.

Entweder ist den Beteiligten das Ergebnis egal, oder die „Öffnung“ der Sparkassen soll viel weiter gehen als hier glauben gemacht werden soll !?

Passend hierzu, kündigte die FDP Fraktion im Pinneberger Kreistag bereits an, einen Änderungsantrag zur geplanten (übrigens von einer „FinanzIT GmbH“ vorformulierten) Resolution an die Schleswig-Holsteinische Landesregierung zu richten, worin die „Öffnungsklausel“ doch gleich auf alle Kreditinstitute ausgeweitet werden soll.

Nachdem im Zuge der aktuellen Finanzkrise von allen Seiten Lob für die Sparkasse Südholstein wegen ihrer umsichtigen und an den Bedürfnissen der Bürger orientierten Geschäftsweise erteilt wurde, ist es mehr als bedenklich, dass man nun gleichzeitig die Ursache für diese relative Sicherheit abschaffen möchte !

Offensichtlich haben die Akteure nichts aus der Krise gelernt, sondern möchten –nachdem der Staat den Glücksspielern in den Vorstandsetagen die finanzielle Absolution erteilt hat– unbekümmert weitermachen wie bisher !

### **Kreistagsfraktion, die LINKE. Pinneberg**

C-P Matetzki  
(Fraktionsvorsitzender)